Treue wird in der Politik nicht belohnt, fragen Sie Herrn Kemmerich

Ich weiß noch genau, wo und mit wem ich zusammen war, als mich die Nachricht von der überraschenden Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich zum neuen Ministerpräsidenten von Thüringen erreichte. In Berlin saß ich mit meinem Freund Ralf zusammen, und – vorher gab's noch Wasser und Salat – wir bestellten uns sofort zwei Halbe und klatschten uns ab. Herrlich! Die Bürger von Thüringen hatten zuvor den freundlichen aber politisch erfolglosesten MP seit Vollendung der Einheit nach nur einer Legislaturperiode zu recht abgewählt. Und jetzt gibt es einen neuen MP – Demokratie nennt man das. Abends war ich ebenfalls in Berlin bei einer Geburtstagsfeier eingeladen, alles gut bürgerliche Gäste – garantiert mindestens 70% CDU-Stammwähler. Mann, was haben wir angestoßen und getrunken auf diesen Herrn Kemmerich, dessen Namen kein Mensch im Raum vor diesem Tag gekannt hatte.

Sie wissen alle, wie es endete. Gottkanzlerin Merkel griff zum Telefon und ordnete an, die Wahl Kemmerichts rückgängig zu machen. Und mit massivem Druck auf Christian Lindner und seine Partei wurde das dann direkt vollzogen. Ein ganz schwarzer Tag für die Demokratie, dieser Rücktritt Kemmerichs. Der nur noch vom skandalösen Verhalten der CDU getoppt wird, dem von den Bürgern abgewählten Linken Ramelow wieder zur Macht zu verhelfen.

Doch zurück zu Thomas Kemmerich. Der schrieb gestern auf Twitter: "Nicht die Annahme der Wahl war der Fehler (…), sondern der Umgang der anderen demokratischen Parteien mit der Situation". Da hat der Liberale natürlich recht, und ich würde hinzufügen: Und der Rücktritt vom Amt nach drei Tagen war auch ein Fehler.

Aber zugegeben, ich habe gut reden, meine Familie wird nicht massiv bedroht, meine Frau nicht angespuckt und auf mir lastet auch nicht die Verantwortung für die Existenz einer traditionsreichen Partei und sämlicher Landesregierungen mit FDP-Beteiligung. Geschenkt. Thomas Kemmerich hat sich entschieden, und das war sein gutes Recht.

Aber, wer nun denkt, der Statthalter der Liberalen in Thüringen hätte jetzt bei seiner Bundespartei einen gut, der weiß nicht, was für ein dreckiges Geschäft Politik ist.

Nach einer Telefonkonferenz distanzierte sich das FDP-Präsidium heute Morgen von Kemmerich und teilte mit: "Das FDP-Präsidium distanziert sich geschlossen von den aktuellen Äußerungen von Thomas Kemmerich."

Zur Erinnerung: Es war Kemmerich, der die FDP – hauchdünn – wieder in den Landtag geführt hatte. Es war Kemmerich, der den eindringlichen Bitten seiner "Parteifreunde" folgte und die historische Wahl zum Ministerpräsidenten nach drei Tagen in der Staatskanzlei in Erfurt aufgab. Es war (und ist) Kemmerich, der über all die Vorgänge hinter den Kulissen des Landtags in Erfurt damals bis heute stillschweigt. Keine Interviews, keine Talkshows, kein Buch – und das, obwohl es für alles zahlreiche

Anfragen und Angebote gab und gibt.

Kemmerich hat sich so verhalten, wie es seine Partei von ihm gefordert hat. Und nun, wenige Monate vor der nächsten Landtagswahl in Thüringen, lassen sie ihn fallen wie eine heiße Kartoffel, die feine Gesellschaft in Berlin. Einfach nur schäbig ist das...

Demokratie ist unmöglich, wenn Politiker die eigenen Gesetze und Regeln missachten

Die Räumung des besetzten Hauses "Liebig 34" im Berliner Bezirk Friedrichshain hat begonnen. 1.500 Polizisten aus acht Bundesländern (!) wurden zusammengezogen, um Recht und Gesetz in der deutschen Hauptstadt durchzusetzen. Endlich! Wohlgemerkt: um EIN EINZIGES Gebäude von linksradikalen Kriminellen zu befreien, die seit Jahren nicht nur Bauvorschriften missachten (etwa durch das Installieren von Falltüren, wenn "die Bullen kommen"), sondern Terror und Gewalt gegen unliebsame Nachbarn und Eigentümer der Immobilie auszuüben. Um wen und was es sich in der "Liebig 34" handelt, und welche politischen Kräfte ihre schützenden Hände über die linksextremen Verbrecher halten, ist sehr gut in einem Beitrag des ARD-Magazins "Kontraste" hier dokumentiert, endlich einmal wieder ein ansehnliches Stück öffentlich-rechtlichen Recherche-Journalismus' statt der üblichen Volksbelehrung.

In einer freien Gesellschaft muss man immer mit einem "Narrensaum" kalkulieren. Das liegt im Wesen einer freien Gesellschaft, denn sonst ist sie nicht mehr frei. Als 1990 mein damaliger Chef in Berlin mit dem Auto und zwei Geschäftspartnern in Ost-Berlin unterwegs war und an einer Straßenecke ein paar Punks abhingen, sagte einer der beiden Herren: "Das hätte es in der DDR nicht gegeben." Mein damaliger Boss – in den 80ern im Kofferraum einer Autos aus der DDR geflohen – flippte aus und stutzte den Schwätzer zusammen. Das ist ähnlich blöde, wie der Spruch "Bei Adolf konnte man als Frau nachts durch den Park gehen, ohne Angst zu haben." Als wenn das die Nazi-Barbarei irgendwie besser gemacht hätte.

Eine Gesellschaft ist nicht dann gut, wenn alle das gleiche denken, das gleiche Auto fahren, die gleiche Frisur haben. Wer in einer solchen Gesellschaft wohnen will, der findet in Nordkorea sicher freundliche Aufnahme. Gute Reise! Übrigens auch allen anderen, die lieber in autoritären Gesellschaften leben möchten als in einer anstrengenden Demokratie!

Das Problem mit unserer bunten Vielfalt ist nicht das System an sich. Der legendäre britische Primeminister Winston Churchill sagte einst: "Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von allen anderen." Und genau so sehe ich das auch heute. Wer in einem demokratischen Gemeinwesen leben will, der bekommt das nicht zum Nulltarif. Demokratie funktioniert nur, wenn sie auf der Herrschaft des Rechts basiert. Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sind die Regeln

verbindlich festgelegt, nach denen wir in einem demokratischen Rechtsstaat als freie Menschen zusammenleben können. Und dieses Grundgesetz ist phantastisch, beispielhaft. Es basiert auf christlichen Grundüberzeugungen, etwa dem uneingeschränkten Recht auf Leben und auf Würde eines jeden Menschen, egal, woher er oder sie stammt, was man besitzt, was man denkt oder glaubt. Freiheit, zu denken, zu sagen und genau so zu leben, wie man es sich selbst aussucht. Und der Rahmen für alles ist der funktionierende Rechtsstaat, wo ein Mittelloser sogar gegen die Regierung vor Gericht ziehen und gewinnen kann.

In genau so einem Staat will ich leben.

Aber seit Jahren befindet sich Deutschland auf einem Weg, diese Grundlage für unsere Freiheit zu zerstören. Denn wenn wir Repräsentanten wählen, die nicht den Interessen des Volkes, der Bürger, sondern einer eigenen wirtschaftlichen oder ideologischen Agenda folgen, dann gefährden wir alles, was dieses wunderbare Land einmal ausgemacht hat. Und wenn ich "alles" sage, dann meine ich genau das: ALLES.

Wir wählen eine Bundesregierung, die immer wieder Gesetze bricht wie bei der Massenzuwanderung der Jahre 2015/2016. Wir wählen höchste Repräsentanten, die demokratische Verfahren einfach ignorieren und nur ihrer politischen Agenda folgen. Oder wurde der Bundestag vor der einsamen Irrsinnsentscheidung der Kanzlerin, die Atomkraftwerke abzuschalten, mit dem Thema befasst? Hat der Bundestag der Verhunzung der deutschen Sprache, die wir gerade erleben, jemals zugestimmt? Wurde im Hohen Haus jemals darüber diskutiert, wie viele Geschlechter es denn nun angeblich wirklich gibt? Ok, "divers" ist dazugekommen – weil die Verfassungsrichter das wollten. Dann ist das so, auch wenn es um eine verschwindend kleine Minderheit geht. Auch die haben Anspruch auf Schutz ihrer Interessen. Aber 60 Geschlechter (wie bei Facebook) oder 4.000 Geschlechter, die die Gender-Beauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ausgemacht hat? 120 Gender-Lehrstühle an deutschen Hochschulen? Und alles nur unter dem einzigen Gesichtspunkt von Haushaltstiteln, um den unwissenschaftlichen Schwachsinn mit unser aller Geld üppig auszustatten. Aber niemand, der den Schwachsinn auch Schwachsinn nennt.

Oder eben die grünen Verantwortungsträger in einigen Berliner Bezirken, die für ihre unappetitliche Klientel Sonderregeln schaffen – als "politischen Gründen". Wo die Bauregeln für besetzte Häuser per Federstrich außer Kraft gesetzt werden, während anderswo für gleiche Verstöße einfacher Hausbesitzer drastische Bußgelder bezahlen müssen.

Unser Land gerät immer mehr in eine gefährliche Schieflage, und es ist berechtigt aber auch wohlfeil, über einzelne Politiker und Parteien zu schimpfen. Denn der entscheidende Punkt liegt bei uns selbst. Bei uns Bürgerlichen, die das alles mit sich machen lassen und die große Party zur Zerstörung der freiheitlichen Gesellschaft auch noch klaglos finanzieren. Und bei den anderen. Oder frei nach dem großen Philosophen Karl Lagerfeld: "Wer in Berlin lebt und immer noch Grüne, Linke oder SPD wählt, der hat die Kontrolle über sein Leben verloren…"

Um die Dinge zu verändern, die unser Land in eine bedrohliche Schieflage gebracht haben, ist auch

heute noch viel möglich. Aber Veränderungen sind nicht für lau zu haben. Was wir hier machen, ist informieren und einordnen, seriös und frei – und Zehntausende Leser folgen diesem Blog regelmäßig.

Wenn SIE in der Lage und willens sind, meine und unsere Arbeit auf diesem Blog zu unterstützen, bitte ich Sie um einen Ihnen mögliche Spende über PAYPAL hier oder auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld: DE40 3205 0000 0000 2711 22

GASTSPIEL VERA LENGSFELD: Wie die SED zum Sieger der Geschichte wurde

Nichts illustriert das deutsche Dilemma am 30. Jahrestag der Vereinigung besser, als die Politposse, die von SPD, Grünen und SED-Linken in Dresden inszeniert wurde. Anlass war die Einladung des sächsischen Landtagspräsidenten Matthias Rößler (CDU) an Arnold Vaatz, Bürgerrechtler, CDU-Politiker und Merkel-Kritiker, am 3. Oktober im Sächsischen Landtag die Festrede zu halten. Nun sollte man meinen, ein Mann, der stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Unions-Bundestagsfraktion ist und auch noch im Vorstand der Bundes-CDU, sollte ein Redner sein, gegen den besonders die Koaltionspartner der CDU in Sachsen nichts einzuwenden hätten. Oder wenn doch, dann aus Koalitionsdisziplin keine öffentlichen Proteste anmelden. Das Gegenteil war der Fall. Indem sich SPD und Grüne dem Linke-Protest gegen Arnold Vaatz nicht nur anschlossen, sondern auch noch den Boykott der Veranstaltung verkündeten, haben sie eine Staatskrise heraufbeschworen, die nur mühsam unter dem Deckel gehalten werden kann. Arnold Vaatz gehörte in der Friedlichen Revolution zu den Führungsfiguren des Dresdener Widerstands gegen das SED-Regime. Er war ein Mitglied der Gruppe der 20, die auf dem Höhepunkt der Proteste, als zehntausende Menschen auf den Straßen waren, bestimmt wurde, um mit dem damaligen Dresdener Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer über ein Ende der Gewalt gegen die Demonstranten zu verhandeln. Ausgerechnet ein ausgewiesener Bürgerrechtler soll nicht über 30 Jahre deutsche Vereinigung reden dürfen? Was ist da schief gelaufen?

Wenn man die Zustände im heutigen Deutschland verstehen will, muss man analysieren, welche Fehler die Bürgerrechtler auf dem Weg in die deutsche Einheit gemacht haben.

Der größte Fehler war, die SED, herrschende Partei in der DDR und verantwortlich für das wirtschaftliche Debakel, die horrende Umweltverschmutzung, die alltägliche Diktatur und die Verfolgung politisch Andersdenkender nicht zu verbieten. Oder wenigstens zu enteignen. Spätestens nachdem es dem damals noch ziemlich unbekannten Genossen Gregor Gysi auf dem letzten Parteitag der SED im Dezember 1989 in Berlin gelungen war, die von der Mehrzahl der Delegierten geplante Auflösung der Partei zu verhindern, mit dem Hauptargument, bei einer Auflösung würden das Vermögen und die Parteistrukturen verlustig gehen, hätten die Bürgerrechtler, die mit der SED, vertreten durch Gysi, am Runden Tisch saßen und die letzten Tage der SED-Herrschaft absicherten, aktiv werden müssen. Warum

wir das damals nicht taten, ist im Nachhinein kaum verständlich. Aber einerseits hatte die SED vor aller Augen so rapide an Ansehen verloren, dass wir glaubten, von dieser Partei würde kein Hund mehr einen Knochen nehmen, uns fehlten auch die Finanzexperten, die uns darüber aufgeklärt hätten, wie wichtig die Frage des Parteivermögens ist, auch wenn sich erst nach der Vereinigung herausstellte, dass der SED praktisch die ganze DDR gehörte.

Die großen Erfolge der SED/Linken

Der Bundestagsuntersuchungsausschuss "Verschwundenes DDR-Vermögen" recherchierte in der zweiten Legislaturperiode nach der Vereinigung (1994-1998) 24 Milliarden DM hinterher, ohne größere Erfolge. Auch als Gysi, der neue Vorsitzende der SED, die kurze Zeit einen Doppelnamen, SED-PDS trug, als erste Amtshandlung eine Arbeitsgruppe zur Sicherung des Parteivermögens gründete, wurden wir nicht aktiv. Der SED-PDS blieben ihr Riesenvermögen und ihr Propagandaapparat voll erhalten. Beides setzte sie sehr effizient ein, um Sand ins Getriebe der Vereinigung und des Wiederaufbaus der Neuen Länder zu werfen.

Vor allem gelang es ihr, den verlogenen Antifaschismus der DDR, der sehr erfolgreich den Blick auf die SED-Diktatur verstellt hatte, ins vereinte Deutschland zu retten. Verlief der erste Versuch, eine Großdemonstration gegen die "rechte Gefahr" im Dezember 1989, nachdem antisowjetische Schmierereien am Treptower Ehrenmal für die gefallenen Sowjetsoldaten aufgetaucht waren, noch ziemlich erfolglos, wirkte die permanente Propaganda, Deutschland drifte nach rechts und würde wieder zur Gefahr für den Frieden erfolgreich. Richtig wirksam wurde sie, als die Behauptung von CDU-Politikern aufgegriffen wurde. So publizierte der heute vergessene CDU-Bundestagsabgeordnete Friedbert Pflüger 1994 ein Buch mit dem Titel "Deutschland driftet", in der er die These vom angeblichen Abgleiten des Landes nach rechts aufgriff. Damit hatte der Antifaschismus einen Fuß in die Union gesetzt. Es dauerte zwar noch mehr als zwei Jahrzehnte, ehe er die Partei okkupiert hatte, aber die Kontaminierung der bürgerlichen Mitte mit linksradikalem Gedankengut hatte damit begonnen. Heute traut sich kaum noch ein Unions-Mitglied, der antifaschistischen Doktrin zu widersprechen. Als Kanzlerin Merkel verfügte, die Wahl eines FDP-Politikers zum Thüringer Ministerpräsidenten müsse rückgängig gemacht werden, stieß das auf keinen nennenswerten Widerstand. Heute sichert die CDU im Thüringer Landtag die Mehrheit für die rot-rot-grüne Minderheitsregierung ab und nennt das "konstruktive Opposition". Es gab keinen Aufschrei, weder innerparteilich, noch außerhalb, dass das ehemalige Erfolgsmodell Union, das die Demokratie und den Rechtsstaat der alten Bundesrepublik und nach der Vereinigung bis 1998 abgesichert hat, nun zur Wasserträgerin der umbenannten SED umfunktioniert wurde.

Der "antifaschistische Schutzwall"

In den 90er Jahren lief die SED-PDS-Propaganda auf Hochtouren. Die Begriffe "Abbau Ost", "Kolonialisierung", "Bürger zweiter Klasse" wurden von den Politikern der demokratischen Parteien übernommen und damit das Zerrbild, das die SED-PDS vom Vereinigungsprozess zeichnete. Es gelang ihr, vom wirtschaftlichen Bankrott des SED-Staates abzulenken, indem sie den flächendeckenden Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft den Fehlern des Vereinigungsprozesses zuschob. Damit war sie so erfolgreich, weil der Entschluss, die maroden Betriebe durch Subventionen am Leben zu

halten, statt sie sofort zusammenbrechen zu lassen, Wasser auf die Propagandamühlen der SED-PDS war. Es wurde auch kaum klar gestellt, dass die Ostdeutschen nicht nach der Vereinigung, sondern im SED-Staat Bürger zweiter Klasse gewesen waren, ohne Pass, ohne das Recht, reisen zu können, wohin sie wollten, gegängelt von der Wiege bis zur Bahre.

Das Ergebnis der Negativ-Propaganda war, dass sich spätestens in der zweiten Hälfte der 90er Jahre, etwas herausgebildet hat, was es zu DDR-Zeiten nie gab: Eine Ostidentität. Diese skurile Erscheinung wurde dann von den Medien, besonders den öffentlich-rechtlichen eifrig gefördert, mit Ostalgie-Shows und Sendungen, die emsig nach Belegen für diese Ostidentität suchten. Natürlich fanden sich jede Menge Angehörige der ehemals herrschenden Klasse, die nur allzu gern die gewünschten Sätze in die Kameras sagten. Heute fühlen sich selbst nach 1990 geborene als "Ossis", nicht als Deutsche.

Die Rolle der Medien bei der Etablierung der SED-PDS als gewichtige politische Kraft im vereinigten Deutschland ist kaum untersucht worden. Mir ist nur eine Studie aus den 90er Jahren bekannt, die von der Universität Freiburg erstellt wurde. Das Resümee dieser Studie war, dass, obwohl es die SED-PDS in den neuen Ländern auf höchstens 20 Prozenmt der Wählerstimmen brachte, die Berichterstattung über diese Partei 80 Prozent ausmachte.

Dagegen wurden Bürgerrechtlerstimmen kaum noch gehört. Warum?

Das hat mit der Rolle der westdeutschen Linken zu tun, die immer meinte, dass die DDR der bessere deutsche Staat sei, weil sie ihn selbst nicht aushalten musste. Den Zusammenbruch des SED-Staates hat dieser Teil der Linken den Bürgerrechtlern sehr übel genommen. Entsprechend groß war der Hass.

Schon in den 90er Jahren waren die Medien überwiegend links. Das hatte Auswirkungen. Die SED-PDS wurde als die wahre linke Partei angesehen, die es zu fördern galt. Jahrzehntelang war Gregor Gysi fester Bestandteil der Talkshows. Kein Politiker war so oft vertreten, wie der clevere Vorsitzende der umbenannten SED. Mehr noch, Gysi konnte sich seine Kontrahenten, mit denen er diskutieren würde, aussuchen. Er hatte eine Art schwarze Liste, auf der Bärbel Bohley, Arnold Vaatz, Angelika Barbe, Hubertus Knabe und auch ich standen. Wenn einer von uns eingeladen worden war, wurde er nach der Intervention von Gysi wieder ausgeladen. Ich habe nie erlebt, dass ein Sender Gysis Forderungen nicht erfüllt hätte.

'Antifaschistische Trickkiste'

Lange Zeit war die Union die einzige verlässliche Kämpferin gegen die SED-PDS. Die Sozialdemokraten waren schon 1994 bereit, die Partei an der Macht in Sachsen-Anhalt zu beteiligen, wenn auch vorerst nur in Form einer "Tolerierung". Heute toleriert die CDU im Thüringer Landtag die Minderheitsregierung unter Führung der SED-Linken. Die Wahl von Ministerpräsident Bodo Ramelow wurde durch die direkte Intervention von Kanzlerin Merkel ermöglicht, die aus dem fernen Südafrika verfügte, die Wahl des FDP-Ministerpräsidenten Kemmerich müsse rückgängig gemacht werden.

Bodo Ramelow selbst und sein Kanzleichef Benjamin Hoff griffen tief in die antifaschistische Trickkiste, um die Wahl von Kemmerich zu diskreditieren. Ramelow veröffentlichte auf Twitter zwei Fotos, das eine zeigte Hitler und Hindenburg beim Handschlag, das zweite die Gratulation von Björn Höcke für den frisch gewählten Ministerpräsidenten. Er zog damit eine direkte Parallele. Sein Kanzleichef Hoff war sich nicht zu schade, "Millionen"(!) Tote von Buchenwald zu instrumentalisiernn, um die Wahl Kemmerichs zu diskreditieren. Die Botschaft wurde gehört.

Ein antifaschistischer Mob begann umgehend, die Familie von Kemmerich unter Druck zu setzen. Frau Kemmerich wurde, als sie ihre Tochter zur Schule brachte, auf offener Straße bespuckt. Die historischen Parallelen zu den finstersten Zeiten Deutschlands muss man nicht ziehen, sie springen ins Auge.

Das heißt, die entscheidenden Lehren aus zwei deutschen Diktaturen sind offensichtlich nicht gezogen worden: Entscheidend für die Errichtung und Aufrechterhaltung totalitärer Systeme sind die Methoden, die sich gleichen, egal unter welchen Vorzeichen sich ein System entwickelt hat: Unterdrückung der Meinungsfreiheit, Ausgrenzung und Stigmatisierung von Menschen, Entwicklung einer Herrschaftssprache.

Wer heute etwa auf Twitter feiert, dass für unliebsam erklärte Mitglieder der Gesellschaft im Restaurant nicht bedient werden, keine Hotelübernachtung bekommen, Versammlungen nicht abhalten können, weil ihnen keine Räume vermietet werden, wer denkt, dass sie es verdient haben, auf der Straße bepöbelt, bespuckt oder sogar geschlagen zu werden, dass ihre Büros demoliert, ihre Autos angezündet werden, bewegt sich in den gefährlichen totalitären Denkmustern, die Deutschland im letzten Jahrhundert an den Abgrund gebracht haben.

'Reiche erschießen'

Die SED-Linke zählt heute zu den demokratischen Parteien, obwohl sie nach wie vor in ihrem Parteiprogramm den Systemwechsel, also die Überwindung der Demokratie, als Ziel verankert hat. Auf der jüngsten Strategiekonferenz der Partei wurde von einer Teilnehmerin gefordert, "Reiche" zu erschießen. Der anwesende Parteivorsitzende korrigierte die Genossin lediglich, dass man Reiche im Arbeitslager mit nützlicher Arbeit beschäftigen solle. Der Proteststurm blieb aus. Es gab keine Rücktrittsforderungen an Riexinger, keinen Parteiausschluss. Selbst der Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten, der in aller Offenheit gefordert hat, dass man Parlamente, solange man sie nicht abschaffen kann, als Bühne zur Propagierung der eigenen Ideologie und zum Abfassen von Staatsknete benutzen solle, bleibt selbstverständlich weiter beschäftigt und nicht mal mehr die Union findet solche Statements verstörend. Die werden nur noch in den Sozialen Medien problematisiert.

Dagegen hat die AfD wegen ihres Pressesprechers, der in einem privaten Gespräch, das illegal abgehört wurde, etwas von Erschießungen gesagt hat, allerdings nicht der Reichen, sondern der falschen Personengruppe, sofort die Konsequenzen gezogen und den Mann ohne Wenn und Aber gefeuert. Trotzdem gilt die Linke, die Erschießungswünsche in ihren Reihen duldet, als demokratischer Partner und die AfD, die das nicht tut, als Gefahr für die Demokratie.

Wie hat die SED es überhaupt in den Bundestag geschafft? Der Coup ist heute fast vergessen, deshalb erinnere ich noch einmal daran. Die 16 Prozent, die von der SED-PDS bei den Volkskammerwahlen 1990 erzielt wurden, hätten lange nicht gereicht, um die Fünf-Prozent-Hürde bei den Bundestagswahlen 1990

zu überspringen. Deshalb wandte sich Gregor Gysi an Bärbel Bohley und andere Mitglieder des Neuen Forums und legte ihnen dar, dass die Fünf-Prozent-Hürde eine Benachteiligung der neu gegründeten Parteien darstellen würde. Das Neue Forum zog mit Gysi als Anwalt vor das Verfassungsgericht und setzte durch, dass die erste gemeinsame Bundestagswahl in zwei getrennten Wahlgebieten stattfinden würde. Die Folgen waren gravierend. Im Osten übersprang Bündnis 90/Grüne die 5 Prozent, im Westen scheiterten die Grünen daran. Als Kollateralnutznießerin zog auch die SED-PDS mit einer Gruppe in den Bundestag ein.

Der neue "antifaschistische Schutzwall"

Es sind schwarze Tage für unsere Demokratie: Die SED-Erben reißen erfolgreich einen entscheiden Pfeiler des Grundgesetzes ein – mit CDU-Hilfe.

Eine schöne Folge war, dass Berlin nicht nur die Hauptstadt, sondern auch der Regierungssitz des vereinten Deutschlands wurde. Wenn die Westgrünen dabei gewesen wären, säßen Parlament und Regierung heute noch in Bonn.

Den ersten Bundestagswahlkampf hatte die SED-PDS übrigens "gegen rechts" geführt. Auf einem Wahlplakat "Drei gegen rechts" waren Gysi, Lothar Bisky und der später abtrünnige Wolfgang Berghofer zu sehen. Viel Zustimmung hat das der Partei nicht gebracht, sie bekam weniger Stimmen als bei der Volkskammerwahl, aber es war der Beginn einer erfolgreichen Etablierung des Antifaschismus als heutige Staatsräson.

In den folgenden Jahren konnte die SED-PDS immer auf ihre willigen Helfer in den Medien zählen. So wie heute die täglichen Corona-Infektionszahlen in die Köpfe der Menschen gehämmert werden, ohne sie einzuordnen, d.h. dazu zu sagen, dass diese Zahlen nichts über die Erkrankungen aussagen, sondern vor allem ein Ergebnis ausgiebiger Tests sind, wurden die Wahlerfolge der SED-PDS in den neuen Ländern hochgeschrieben. Verschwiegen wurde, dass die Partei niemals wieder so viele Stimmen bekam, wie bei der Volkskammerwahl 1990, sondern davon profitierte, dass die Wahlbeteiligung stetig abnahm, was die erzielten Prozente automatisch erhöhte.

Ausdehnung in den Westen

Es gab drei Ausnahmen von dieser Regel. Die erste war die Berliner Abgeordnetenhauswahl von 2001, bei der Gregor Gysi als Spitzenkandidat antrat mit dem Ziel, Wirtschaftssenator zu werden. Da stiegen die Zahlen zwar nicht in den Ost- dafür aber in den Westbezirken. Die zweite Ausnahme war die Vereinigung mit der "Wahlalternative für Arbeit und Soziale Gerechtigkeit". Da schenkte der damalige Vorsitzende Oskar Lafontaine der SED-PDS als Morgengabe etwas, dass sie aus eigener Kraft nicht geschafft hatte: Die Ausdehnung in den Westen. Vergessen ist ja auch, dass die SED-PDS es 2002 nicht mehr in den Bundestag geschafft hatte und nur noch mit zwei direkt gewählten Abgeordneten, Petra Pau und Gesine Lötzsch, vertreten war. Dank der WASG und den Weststimmen klappte es 2005 wieder.

Die dritte Ausnahme ist Thüringen, wo es Bodo Ramelow geschafft hat, als fast bürgerlicher Konsens-Kandidat zu erscheinen. Wie sehr das ein Trugbild ist, zeigt, dass seine Fraktionsvorsitzende HennigWellsow der linksextremistischen Antikapitalistischen Linken nahe steht. Demnächst werden sie und ihre hessische Genossin, die sogar einer vom Verfassungsschutz beobachteten linksextremistischen Gruppierung angehörte, die neuen Parteivorsitzenden werden. Die SED-Linke muss dennoch nicht befürchten, dass sie dafür aus dem Kreis der Demokraten ausgeschlossen werden würde. Linksradikalismus oder -extremismus ist längst kein Hinderungsgrund mehr. Der Blick unserer Eliten ist so stramm nach rechts gerichtet, dass sie die gefährlichen Entwicklungen im Linksextremismus längst nicht mehr wahrnehmen.

Der linkshändige Besen im Präsidialamt

Ups, er machte es machte es schon wieder: Die tendenziöse Darstellung Steinmeiers allein der rechtsextremen Gefahr – heute zum Jahrestag des Oktoberfest-Attentats 1980 – folgt einem zutiefst unanständigen politischen Kalkül!

Mehr noch: der Gesellschaft ist mehrheitlich das Gefühl dafür abhanden gekommen, dass es in einer funktionierenden Demokratie neben einer demokratischen Linken eine demokratische Rechte geben muss, um die Balance zu halten. Die Funktion einer demokratischen Rechten hat jahrzehntelang die Union erfüllt. Das hat die alte Bundesrepublik zum Erfolgsmodell gemacht. Seit unter der Vorsitzenden Merkel die CDU zu einer weiteren links-grünen Partei mutierte, ist die demokratische Balance abhanden gekommen. Merkels anfangs als genial angesehene Strategie, den linken Parteien die Themen wegzunehmen, hat zu der fatalen Konsequenz geführt, dass radikale bis extremistische Forderungen umgesetzt werden.

Anfang der 90er Jahre, als Claudia Roth auf einem grünen Parteitag ihre Forderung nach offenen Grenzen erhob, wurde sie von den Realos um Joschka Fischer für verrückt erklärt. Heute haben wir dank Angela Merkel eben diese offenen Grenzen.

Als es 1998 zur Bildung einer Rot-Grünen Bundesregierung kam, wurde der Atomausstieg mit Augenmaß beschlossen. Unter Merkel kam es zum Blitzausstieg und als die Forderung nach Abschaltung aller Kohlekraftwerke stärker wurde, hat die Regierung Merkel den Kohleausstieg beschlossen.

Dekonstruktion der Wirtschaft

Noch ist die wirtschaftliche Stärke, die Deutschland dank der Agenda 2010 aufbauen konnte, nicht ganz aufgebraucht, aber die Corona-Maßnahmen haben bereits zur Dekonstruktion der Wirtschaft beigetragen. Das wird im Augenblick noch notdürftig durch staatliche Hilfsprogramme verdeckt, wird demnächst aber nicht mehr zu verbergen sein. Die Dekonstruktion der Wirtschaft erfolgt auch durch immer radikalere grüne Forderungen, wie das Dieselverbot, das Verbrennerverbot, dem sich jetzt sogar der bayrische Ministerpräsident angeschlossen hat. Vor unseren Augen wird die erfolgreiche Marktwirtschaft in eine Kommandowirtschaft umgewandelt. Die Lehre aus der Geschichte, dass Kommando-Wirtschaften nicht funktionieren, wurde anscheinend vergessen.

Das unheimlichste an dieser Entwicklung ist das Schweigen der Mehrheit. Mit dem, was der Liedermacher Wolf Biermann in der DDR verzweifelt "Schafsgeduld" genannt hat, lässt sich die Bevölkerung jetzt sogar Masken aufzwingen, von denen auch heute schon jeder wissen kann, dass sie nicht schützen, sondern sogar schaden. Eines Tages, wenn die medizinischen Folgen nicht mehr zu leugnen sein werden, wird niemand die Verantwortung dafür übernehmen.

Im 30. Jahr der Vereinigung ist Deutschland vereint, aber tief gespalten. Die Spaltung an sich ist dabei nicht das Problem, denn eine Gesellschaft ist kein Einzeller, sondern besteht aus vielen Individuen mit unterschiedlichsten Meinungen und Ansichten, die selbstverständlich Gruppen oder Fraktionen bilden. Das Problem ist, dass diejenigen, die sich als Mainstream verstehen, nicht mehr mit Andersdenkenden reden wollen, dass nicht nur Meinungen, sondern auch Menschen aus der Gemeinschaft derer ausgegrenzt werden, die sich für die einzig Anständigen halten.

Joseph Marie de Maistre, der französische Philosoph der Gegenaufklärung hat gesagt, dass jedes Volk die Regierung habe, die es verdient. In der Demokratie trifft das auf jeden Fall zu, denn da wird die Regierung gewählt. Der Beweis, dass die wiedervereinigten Deutschen eine bessere Regierung verdient haben, steht noch aus. Alles, was wir tun können, ist darauf hinzuarbeiten. Die Friedliche Revolution 1989 hat bewiesen, dass es möglich ist, ein scheinbar unüberwindliches, bis an die Zähne atomar bewaffnetes System in die Knie zu zwingen. Was damals möglich war, sollte heute auch gelingen.

Dieser Text von vera Lengfeld erschien zuerst auf www.reitschuster.de .

Unser großer Tag der Freiheit: Alles hängt mit allem zusammen

Heute feiern wir den Tag der Deutschen Einheit. Ich weiß noch, wie dieser Abend war, als Journalist auf der großen Pressetribüne vor dem Reichstag. Menschen und schwarz-rot-goldene Fahnen so weit das Auge reichte, der Klang der Freiheitsglocke, vom Schöneberger Rathaus aus live übertragen. Kennen Sie die Geschichte dieser Glocke?

US-General Lucius D. Clay, der "Vater der Berliner Luftbrücke", hatte 1950 in den Vereinigten Staaten eine große Spendenaktion initiiert. Zahlreiche Amerikaner – unser Kriegsgegner wenige Jahre zuvor – spendeten Geld, um den Berlinern ein Symbol der Freiheit als Zeichen der Solidarität mit der Stadt schenken zu können – und als Zeichen der Freiheit als Gegenmodell gegen die kommunistische Wahnsinnsideologe, die im sowjetischen Machtraum zu beobachten war.

Freiheit, dieses überragende Leitmotiv für uns zu denken und zu leben, das Leitmotiv, das wir alle in unserem Herzen tragen sollten, das aber bei vielen in den Hintergrund getreten ist gegenüber dem Glauben an die Allmacht des Staates und die irrige Annahme, das Kollektivismus und Gleichmacherei die Lösung sein könnten, die den Menschen Sicherheit bringt. In Wahrheit versklavt und bevormundet sie die Menschen, macht sie abhängig von einem Staat, der angeblich besser weiß, was gut für uns ist.

Die Berliner Freiheitsglocke trägt als Inschrift den Satz "That this world under God shall have a new birth of freedom." Übersetzt: "Möge diese Welt mit Gottes Hilfe eine Wiedergeburt der Freiheit erleben." Zur Zeit sieht es wahrlich nicht danach aus…

Auch heute noch, wenn ich an die Stunden vor dem Reichstag am 3. Oktober 1990 denke, wo ich gemeinsam mit einem Kollegen – Kopfhörer auf und Mikro in der Hand – live für zwölf private Radiosender überall in Deutschland über ein Ereignis von welthistorischer Bedeutung berichten durfte, bekomme ich Gänsehaut. Spüre ich den Schauer damals noch beim Anblick der Bürger und des Fahnenmeeres, beim Klang der Freiheitsglocke, beim Aufziehender der gewaltigen Fahne vor dem Reichstag und dem Singen "Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland", das wir wie auch manche andere auf der Pressetribüne mit anstimmten.

Der 30. Jahrestag der Vollendung der Deutschen Einheit ist nicht irgendein Gedenktag, den man halt absolviert oder auch nicht. Es ist unser großer Tag der Freiheit. Und wir sollten diesen Tag würdevoll begehen, wir sollten ihn zu einem Tag der Bürger machen und nicht nur den Honoratioren überlassen. Wir sollten unsere Fahne aus einem Fenster hängen, denn das darf man nicht nur, wenn Fußball-"Sommermärchen" ist.

Wir sollten an die Deutschen auf den Straßen von Leipzig, Dresden und überall in der DDR im Wendejahr 1989 denken, die mit ihrem unglaublichen Mut und Kerzen in den Händen so viel für uns Deutsche insgesamt, für unser Land getan haben. Wir sollten heute auch an die 985 Menschen denken, die ihren Versuch, den SED-Staat zu verlassen, mit dem Leben bezahlten. Angefangen von Ida Siekmann, die sich im Alter von 58 Jahren beim Sprung aus ihrer Wohnung in der Bernauer Straße so schwer verletzte, dass sie kurz darauf verstarb. Und an Peter Fechtner, einen 18-Jährigen, der am 17. August 1962 von DDR-Grenzern bei einem Fluchtversuch an der Mauer angeschossen wurde. Der schwer verletzte Junge verblutete vor den Augen einer sich schnell versammelnden großen Menschenmenge, weil die uniformierten Schergen des SED-Regimes ärztliche Hilfe eine ganze Stunde lang verhinderten. (Foto) Und denken wir heute, ja beten wir, auch für Chris Gueffroy und Winfrid Freudenberg, die beiden letzten Mauertoten, die noch im Februar und März 1989 dem mörderischen kommunistischen System auf deutschem Boden zum Opfer fielen.

Denken wir schließlich auch an einige herausragende Politiker, die zur richtigen Zeit das Richtige getan haben. Allen voran *Michail Sergejewitsch Gorbatschow*, Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und Präsident der Sowjetunion. Ohne seine Politik der Perestroika und Glasnost wäre der unblutige Weg zur Deutschen Einheit nicht vorstellbar gewesen. Ohne die entschlossene Politik des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan und den NATO-Doppelbeschluss, hätte Gorbatschow diesen steinigen Weg wohl auch nicht beschritten. Und vergessen wir nicht, dass es der erste Bush war, der sich 1990 als US-Präsident ohne Wenn und Aber öffentlich hinter den Wunsch der Deutschen gestellt hat, wieder zu einem Staat zusammenzuwachsen.

Denken wir an Bundeskanzler Helmut Kohl, der beherzt zugriff, als der "Mantel der Geschichte wehte". Der Margret Thatcher so lange zum Saumagen-Essen nötigte, bis sie ihren Wiederstand gegen die deutsche Einheit aufgab. Und der mit Gorbatschow auf einer Steinmauer am Rhein darüber philosophierte, dass sich Geschichte – wie ein Fluß – immer einen Weg bahnen wird. Und der mit Jelzin in der Sauna und beim Wodka das Unmögliche aushandelte.

Denken wir heute an den Mann mit dem gelben Pullover, den phantastischen Außenminister Hans-Dietrich Genscher, und seinen historischen Auftritt auf dem Balkon der deutschen Botschaft in Prag. Was hätte Heiko Maas damals wohl getan?

Und denken wir schließlich an den ehemaligen Bundeskanzler Willy Brandt, dessen Ostpolitik ich als 16jähriger Jungunionist verachtete und bekämpfte, und den ich bis heute für seinen Mut und DEN Satz zur Deutschen Einheit überhaupt bewunderte: "Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört!"

Es kostet viel Mühe und Engagement, mit anständigem Journalismus gegen den Mainstream zu schwimmen. Und es kostet Geld. Wenn SIE in der Lage und willens dazu sind, meine Arbeit auf diesem Blog zu unterstützen, freue ich mich sehr über eine Ihnen mögliche Spende zum Beispiel über PAYPAL hier oder auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld: DE40 3205 0000 0000 2711 22

Debatte zweier alter Herren: Eine einzige Enttäuschung

Die erste Fernsehdebatte der Kandidaten um die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten ist vorbei. Gut so! Wie Sie wissen, bin ich grundsätzlich ein großer Bewunderer der USA und des *american way of life*. Ein Land, aufgebaut auf Freiheit und Recht, das jedem Bürger den Weg frei räumt, etwas aus seinem eigenen Leben zu machen – der Tellerwäscher, Sie wissen schon – ist phantastisch. Und in direktem Vergleich zu den kollektivistischen Systemen, in denen der Einzelne nichts zählt, überstrahlt es auch heute noch glanzvoll alle anderen Gesellschaftsmodelle. *John Winthrop*, beschrieb die "Shinig City upon a Hill" im Jahr 1630, nachdem er mit elf Schiffen und 700 Siedlern die neue Welt erreicht hatte, in einer Predigt, die der frühere US-Präsident Ronald Reagan am 11. Januar 1989 in seiner Abschiedrede an die Nation aufgriff. Er sagte:

"Ich habe von der strahlenden Stadt mein ganzes politisches Leben lang gesprochen, aber ich weiß nicht, ob ich jemals genau das vermittelt habe, was ich sah, als ich davon sprach. Aber in meiner Vorstellung war es eine große stolze Stadt, gebaut auf Felsen stärker als Ozeane, windgepeitscht, von Gott gesegnet und von Menschen aller Art bewohnt, die in Harmonie und Frieden lebten…"

(Die ganze Rede ist ein Genuss für Menschen, die die "Reagan-Revolution" damals verfolgt haben. Sie können die Ansprache des unvergesslichen Präsidenten unten in voller Länge anschauen. Der Teil, von dem ich hier schreibe, beginnt etwa bei 18:00 min)

Und gestern nun diese Fernsehdebatte. Nichts dokumentiert mehr den beunruhigenden Absturz dieser so vitalen Nation, den wir in diesen Tagen erleben, als das Aufeinandertreffen dieser beiden Sturköpfe. Unfähig zum Austausch unterschiedlicher Konzepte, unfähig, dem anderen zuzuhören, unfähig, die vorher vereinbarten Regeln für die Debatte auch nur im Ansatz zu akzeptieren. Ein Beispiel dafür, wie man es in einer demokratischen und zivilisierten Gesellschaft auf keinen Fall machen sollte. Eine einzige Enttäuschung....

Wie SPIEGEL Online die Wirklichkeit durch Weglassen verzerrt

Seit über 35 Jahren bin ich mit Leib und Seele Journalist. Neugierig zu sein, das ist sozusagen in meiner DNA angelegt. Die Wirklichkeit verstehen, interessante Menschen kennenzulernen und darüber zu schreiben und zu senden. Genau das ist mein Ding. Und das, was ich damals in der Ausbildung bei einer regionalen Tageszeitung (Westfalen-Blatt, Bielefeld) gelernt habe, das ist bis heute Richtschnur meiner Arbeit. Sich nicht mit einer Sache gemein machen, wenn man Fakten berichtet, eine Meinung als Kommentar klar erkennbar zu machen, immer versuchen, die andere Seite zu verstehen, immer mindestens eine zweite Stimme einholen.

Eben habe ich wieder bei *SPIEGEL Online* reingeschaut, das ich als politischer Journalist nicht vermeiden kann (aber gern würde). "Polizei war jahrelang unterbesetzt" ist ein Text überschrieben, in dem es um rechtsextrem motivierte Brandanschläge auf PKWs vornehmlich von linken Politikern geht. Diese Anschlagsserie sei nicht intensiv untersucht worden, weil es nach dem islamistischen Terroranschlag 2016 auf den Weihnachtsmarkt andere Prioritäten gab, wird erklärt.

In dem ganzen Artikel kommt das Wort "AfD" nicht einmal vor. Auch nicht, dass es vielleicht manchmal auch Anschläge von Links gibt. Kein Wort über den Brandanschlag auf das Auto des AfD-Europaabgeordneten Nikolaus Fest, nichts über den Brandanschlag auf das Auto des Berliner Abgeordneten Frank-Christian Hansel, kein Wort über den Anschlag auf das Auto der Bundestagsabgeordneten Beatrix von Storch. Und es geht nicht auschließlich um AfD-Politiker. So fand ein eher konservativer Berliner Journalist sein Auto morgens ausgebrannt vor, anderswo war auch das Auto einer bekannten Familienaktivistin Ziel eines Anschlags mit erheblichem Sachschaden

Die AfD hat inzwischen sogar eine Seite im Netz, wo ausschließlich Brandanschläge auf Autos ihrer Politiker dokumentiert werden.

Was SPIEGEL Online (und viele andere Medien in Deutschland) betreiben, das hat mit Journalismus und objektiver Berichterstattung nichts mehr zu tun. Sie zeichnen ein Zerrbild einer Gesellschaft, wo die

Rollen klar verteilt sind: Links, die Netten, die grundsätzlich nur das Gute wollen. Rechts, die Bösen, zerfressen von Hass auf alles Fremde und immer gewaltbereit.

Aber so ist es eben nicht: Auch der linke Terror ist in unserem Land ein beängstigendes Problem, und er muss endlich auf die politische und mediale Agenda!

Helfen Sie mit, unterstützen Sie freie Medien wie diesen bürgerlich-konservativen Blog! Wenn SIE in der Lage und willens sind, freue ich mich sehr über eine Ihnen mögliche Spende zum Beispiel über PAYPAL hier oder auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld: DE40 3205 0000 0000 2711 22.

Tichy gibt Stiftungs-Vorsitz auf: Die Wölfe kennen kein Pardon

Eine 22-jährige Studentin wurde jetzt in Straßburg von drei "jungen Männern" auf offener Straße beleidigt, festgehalten und ins Gesicht geschlagen. Grund: sie trug einen Rock! Als sie auf die Bezeichnung "Nutte" reagierte und nachfragte "Entschuldigung?" gingen sie die Männer aus einem anderen "Kultur"kreis mit Gewalt an. Sie sei "eine Schlampe", und solle den "Blick senken und still" sein.

Ich habe mal gegooglet, ob es dazu schon Stellungnahmen der CDU-Politiker Linnemann und Spahn und der CSU-Staatsministerin für Digitales, Dorothee Bär, gibt. Und ich habe nix gefunden. Diese drei Unions-Granden haben nämlich gerade in einer konzertierten Aktion ihre Mitgliedschaften bei der Ludwig-Erhard-Stiftung ruhen lassen oder gekündigt – als Protest gegen deren Vorsitzenden Roland Tichy. Auf dessen Blog wurde von einem anderen Autor über Sawsan Chebli (SPD), Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund und Staatssekretärin, wenig Schmeichelhaftes geschrieben. Chebli, die sich zur Zeit um eine Bundestagskandidatur gegen den Regierenden Bürgermeister Michael Müller bewirbt, habe kaum die ausreichende Qualifikation dafür. Wörtlich: "Was spricht für Sawsan? … Befreundete Journalistinnen haben bislang nur den G-Punkt als Pluspunkt feststellen können in der Spezialdemokratischen Partei der alten Männer."

Nein, das ist nicht schmeichelhaft, und ja, es ist sexistisch, ein Satz für den bierseligen Stammtisch. So weit so schlecht. Kollege Tichy hat heute angekündigt, den Vorsitz der Stiftung abzugeben, sein Intimfeind Friedrich Merz von der CDU legte auf Twitter direkt nach: "Die einzig richtige Entscheidung." Wobei das auch schon ein G'schmäckle hat, denn Merz hatte vor nicht allzulanger Zeit abgelehnt, sich von Tichy einen Preis der Stiftung überreichen zu lassen, was in bürgerlich-konservativen Kreisen für viel Empörung gesorgt hat angesichts der zahlreichen Verdienste, die sich Tichy in seinem Berufsleben, u. a. als Chefredakteur der "Wirtschaftswoche", erworben hat.

Also, wieder mal einer zur Strecke gebracht, der jeden Tag erfolgreich gegen den nur noch schwer

erträglichen medialen Mainstream in Deutschland anbläst. Ein falsches Wort, eine Geschmacklosigkeit, irgendetwas Deplatziertes und die Wölfe kennen keine Gnade. Kann man so machen, meinen Sie? Ja, könnte man, wenn die Spielregeln hierzulande für alle gelten würden. Tun sie aber nicht.

Der erkennbar nur leidlich begabte ZDF-Moderator Jan Böhmermann, bei dessen Anblick mir jedesmal unwillkührlich ein heftiges Wortgefecht zwischen den CDUlern Profalla und Bosbach vor Jahren in den Sinn kommt ("…ich kann Deine Fresse nicht mehr sehen"), hat jetzt über Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) "F*** dich, Opa" getwittert. Die öffentlich-rechtliche Dreckschleuder hat danach dann gesagt, dass er so betroffen über eine Äußerung Seehofers gewesen sei. Der Tweet wurde wieder gelöscht. Ja, und?

Wieso wird so ein Mann auf unser aller Kosten weiter beim ZDF einem Millionenpublikum zugemutet? Und wann werden Bär, Linnemann und Spahn fordern, Böhmermann vom Bildschirm zu nehmen? Natürlich nie, denn Böhmermann gehört ja zu den "Guten" und Tichy gehört zu den bösen Rechtspopulisten, die auch noch "sexistisch" daherschreiben. Wie lange lassen wir uns diese Doppelmoral eigentlich noch gefallen?

Unser Land steht vor einem tiefen Umbruch, und niemand weiß, wohin wir gerade steuern. Alternative Medien wie dieser Blog leisten in dieser Zeit einen wichtigen Beitrag dazu, anderen Sichtweisen Raum zu schaffen. Damit das so bleibt, brauchen wir IHRE HILFE. Wenn SIE in der Lage und willens sind, meine Arbeit hier zu unterstützen, freue ich mich sehr über eine Ihnen mögliche Spende zum Beispiel über PAYPAL hier oder auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld: DE40 3205 0000 0000 2711 22.

Fahren Sie Bahn, und Sie ahnen, wie Deutschlands Zukunft aussehen wird!

Wenn die Deutsche Bahn stellvertretend für den Zustand Deutschlands steht, dann ist es an der Zeit, dass wir uns ernsthafte Sorgen um die Zukunft machen. In meinem Buch "Bürgerlich, christlich sucht" schilderte ich bereits eindringlich eine Fahrt mit dem ICE nach Baden-Württemberg, die den geneigten Lesern einen Blick in menschliche Abgründe werfen ließ. Zur Erinnerung für meine vielen treuen Stammleser:

"Hinter mir unterhalten sich zwei mittelalte Männer in vergleichsweise schäbiger Bekleidung darüber, wie ihr Bruder Anverwandte bei irgendeinem Erbschaftsstreit 'beschissen' habe. Im Mittelgang drei vor sich hin pubertierende Jungs um die 16 Jahre herum, Generation Smartphone. Mit Basecap "NY", mit weißen Bomberjacken, der Klassiker. Mehr Klischee geht nicht. Einer erzählt laut, und das Publikum hat

Anteil, ob es will oder nicht, dass er gern mal die beste Freundin seiner Freundin "mit ihr zusammen ficken" möchte. Ich gebe das hier einfach mal wertneutral so wieder. Und, das ist die gute Nachricht: 'Sie weiß es aber noch nicht.' Spontan denke ich beim Anblick dieser menschgewordenen Zukunft unseres Landes: Hoffentlich wird das Mädchen es auch niemals erfahren…."

Und schön war auch meine Begegnung mit einigen deutschen Landsleuten Ost auf einem Kleinstadtbahnhof im thüringischen Bad Blankenburg, die tiefe Einblicke in den tatsächlichen Stand des Einheitsprozesses gewährte:

"Hier gibt es eine Pizzeria, aber die Pizza schmeckt nicht…", sagt mein neuer Freund aus Soest neben mir. Diese Fahrt werde ich nie vergessen, wir lachen viel. "Aber es gibt hier eine Eisdiele, die ist sehr gut. Wenn Sie mal wieder hier sind…" Ich halte das für unwahrscheinlich. Bis Erfurt erzählt er mir Geschichten aus dem real existierenden Osten, der ja nun eigentlich der Westen ist. Auch in Erfurt gibt es eine gute Eisdiele, die ich mal besuchen soll."

Gestern also von Berlin nach Krefeld, 4:02 Stunden ungezügelte Lebensfreude, genau genommen über fünf Stunden, aber dazu später.

Das Ticket gekauft, traf ich mich eine gute Stunde vor Abfahrt mit Karin in einem Kaffee-Shop mit Außengastronomie gleich rechts, wenn man den Hauptbahnhof zur Invalidenstraße verlässt. Cappuccino, Espresso, Buttercroissants mit Karin, einer engagierten Facebook-Freundin, die ich zum ersten Mal persönlich traf. Sie hat, was mir fehlt: Ahnung vom Internet und den Sozialen Netzwerken, und immer wenn ich nicht mehr weiter weiß vor dem Bildschirm, rufe ich Karin an. Wirklich klasse, das Mädel. Nach zwei, drei Feuerwehrfahrzeugen, die mit Blaulicht und Martinshorn in der Nähe vorbeirasen, wird es richtig laut neben uns.

Aus welchen Gründen auch immer hatte sich die Alarmanlage eines Taxis nur wenige Schritte entfernt aktiviert und hupte mit ohrenbetäubendem Lärm in unsere Richtung. Der Fahrer – augenscheinlich ein Gast unseres Landes – hatte alle Ruhe der Welt, öffnete die Motorhaube, lachte sein fröhliches Lachen, winkte uns zu, und wir winkten zurück. Die Welt wächst zusammen. Kann ja mal passieren.

Es fängt an zu nerven mit dem Krach und dem ständig wiederholenden Hiu-Hiu-Hiu, Ältere kennen das durchdringende Geräusch vom Streifenwagen von Lieutenant Kojak damals, der, immer wenn er zum Einsatz in Manhattan ausrücken musste, ein mobiles rotes Blinklicht per Magnet auf das Dach seines Streifenwagens bappte, und dann losraste. Saucool, die Amis, schon damals, als bei uns noch Inspektor Wanninger mit seinem grauen BMW über den TV-Bildschirm schleuderte.

Plötzlich endete der Alarm, der Fahrer am Rande des Nervenzusammenbruchs – wir hatten ihn schon liebgewonnen – hatte aus Versehen den richtigen Knopf gedrückt. Ein Dutzend Umstehende klatschen Beifall, wir auch. Unwillkührlich fällt mir "Du wolle Rose kaufe…" ein, da wird unsere Aufmerksamkeit vom Geschrei zweier Frauen in unmittelbarer Nähe links von uns geweckt. Beide kreischen – warum muss das immer sein? – und hauen sich mit den Fäusten gepflegt auf die Fresse – warum auch immer. Schließlich geht eine zu Boden, Blut schießt aus ihrer Nase, sie weint und klagt lautstark. Die Siegerin –

Champion of German Main Station – nimmt ungerührt ihren Rucksack über die Schulter und schlendert weiter, ohne die Kontrahendin noch eines Blickes zu würdigen. The Winner takes it all... Karin geht dann rüber, sie hat immer ein paar Feuchttücher dabei. Nase tupfen, Kopf streicheln, nach und nach nähern sich weitere Samariter. Irgendwann kommt ein Rettungswagen, begleitet von fünf, sechs Bahn-Securitys. Sehn' se, dit ist Berlin...

Ich fahre los im ICE 844. Bis Krefeld in Nordrhein-Westfalen sehe ich keinen einzigen Bahnmitarbeiter, der mein Ticket kontrolliert oder vielleicht mal einen Kaffee bringt. Nichts. Ich denke zwischendurch: Hoffentlich ist wenigstens einer in der Fahrkabine. Nicht dass wir hier die Neuauflage vom Kino-Blockbuster "The Taking of *Pelham* One Two Three" nachspielen über einen außer Kontrolle geratenden Zug…

Irgendwann kommen wir in Duisburg an, ich stehe schon an der Tür, doch der Zug rollt noch. Eine Tür neben dem Ausgang wurde offenbar nicht vom auch nicht vorhandenen Schaffner verschlossen und knallt wild immer wieder hin und her. Dahinter liegt eine Anzeige mit leuchtenden Schaltern und Sicherungenvielleicht auch der rote Knopf für die Detonation. Ich versuche, die Tür zu schließen, aber ohne Schlüssel funktioniert das nicht. Ein anderer Fahrgast kommt, wie sich später herausstellt ein Pole. Auch er versucht, die Tür zu schließen, auch er scheitert. "Haben Sie sowas in einem ICE schon mal erlebt?", will er breit grinsend wissen, und als ich verneine, lacht er noch lauter und sagt: "Ich auch nicht. Nicht einmal in Polen...."

Wir steigen aus, zehn Minuten Zeit, um gemütlich von Gleis 4 zu Gleis 6 zu schlendern und auf den Regionalzug nach Mönchengladbach zu warten. Doch der kommt gar nicht. Inzwischen ist es 22.53 Uhr, die Anzeige auf der Tafel zeigt an, dass der Regionalzug nach Mönchengladbach um 12.01 Uhr komme. Kann eigentlich nicht sein, aber steht da. Ein Zug fährt ein. Fahrziel: Düsseldorf. 23.10 Uhr: Der nächste Zug kommt – er transportiert Fahrgäste nach Xanten. Weit und breit kein Bahnbediensteter, den ich fragen könnte. Keine Anzeige, keine Lautsprecherdurchsage – nichts. Ernsthaft frage ich mich mehrmals, ob überhaupt noch ein Zug kommt, um mich nach Hause zu bringen.

Ein paar Meter abseits steht ein junges Paar, sie malerisch gekleidet, er in weißen Jeans mit weißer Jacke, beide dunkle Haut. Der Junge ist auf einer Mission, denn unablässig grabscht er seine Begleiterin vorne und hinten, oben und unten an. Kann man ja machen, bunte Vielfalt und so, aber der Gesichtsausdruck von ihr lässt ahnen, dass sie das vielleicht gar nicht möchte. Als ich überlege, zu den Beiden zu gehen und kurz mal nach dem Rechten zu sehen, löst sich Romeo von Julia, und sie nutzt die Zeit, schnell ein paar Selfies von sich mit einfahrendem Zug im Hintergrund zu schießen. Alles in Ordnung also. Inzwischen steht neben mir ein junger Mann, helle Hautfarbe, T-Shirt, kurze Hose, Schlappen und Bierflasche, die er immer wieder an die Lippen führt. Er ist keine zwei Meter entfernt von mir und läuft ruckartig hin und her. Ich behalte ihn die ganze Zeit im Auge, denn wenn er... versehentlich... zwei weitere Schritte auf mich zugehen würde, dann müsste ich ihm weh tun. Und wer will das schon abends auf einem Bahnsteig mitten im Ruhrgebiet?

Als ich im Kopf gerade zusammenrechne, was eine Taxifahrt nach Hause wohl kosten wird...kommt

plötzlich unerwartet der Regionalzug. Nach Mönchdengladbach. Was soll ich sagen: Ich bin zu Hause, jetzt ist 1.56 Uhr, alles doch noch gut gelaufen. Die ganze Fahrt war anstrengend, keine Ansprechpartner, in Hannover waren die Kabel der Überleitungen zum widerholten Mal einfach eingebrochen, in Duisburg Sicherheitsgefühl null, Pappteller mit großen Flatschen Senf drauf wehen durch die Halle. Ich hatte keine Angst, war auch nicht in Gefahr, der Zug ist nicht entgleist. Es war einfach alles nur total asi. Und das wollte ich Ihnen jetzt noch schnell erzählen. Gute Nacht!

Danke, großartiger FC Bayern!

In diesem Blog wird nur selten über Fußball geschrieben und diskutiert – andere Themen sind drängender, relevanter. Doch nach dem 8:2 der Bayern im Viertelfinale gegen Barcelona, das mit Lionel Messi einen galaktischen Ausnahmespieler in seinen Reihen hat, muss ich mich einfach voller Demut verneigen vor den Giganten aus München. Was hier geschaffen worden ist – schon vor langer Zeit und immer mit dem Namen Uli Hoeneß verbunden – ist phantastischer Fußball. Der FC Bayern ist wirtschaftlich und sportlich wahrscheinlich der beste Fußballclub der Welt. Und daran gibt es an einem solchen Abend nichts zu meckern, der mich und sicher jeden von Ihnen an das legendäre 7:1 der deutschen Nationalelf in Brasilien bei der WM erinnerte. Dieser Club ist gut für uns alle, die wir Anhänger anderer Vereine mit ganz anderen Motivationen sind. Der FCB ist gut für den Fußball und er zeigt der ganzen Welt, dass Deutschland immer noch eine Menge drauf hat.

P.S. Und trotz oder gerade wegen all dem wiederhole ich, was ich seit Jahren schreibe. Es ist grotesk, dass diese Elf von der Isar jedes Jahr in Mainz, Freiburg oder, ja auch, in Bielefeld antreten muss...

Der Fall Lisa Eckhart: Die Luft wird rau für die, die sich eine eigene Meinung leisten

Wer noch daran gezeifelt hat, dass sich in unserem Land massiv etwas zum Negativen verändert, der hat nun einen für jeden erkennbaren letzten Beweis.

Die Kabarettistin Lisa Eckhart darf im September nicht beim Literaturfestival "Harbour Front" auftreten. Grund: Die Veranstalter sorgen sich, dass ein linksradikaler Mob die Veranstaltung sprengen und Menschen verletzt werden könnten.

Die 27-Jährige Österreicherin macht das, was politisches Kabarett eben so macht. Mit spitzer Zunge aufspießen, was gesellschaftlich los ist. Nun wirft man ihr groteskerweise vor, rassistische und antisemitische Klischees zu verbreiten. Hintergrund ist ein Auftritt Eckharts im WDR-Staatsfernsehen, das von uns allen mit Zwangsgebühren gefüttert wird. Im Zusammenhang mit der #meetoo-Debatte und den widerlichen Missbrauchsfällen von Hollywood-Größen wir Roman Polanski und Harvey Weinstein hatte sie geätzt, man habe "die Juden" gegen den Vorwurf verteidigt, es ginge ihnen nur ums Geld, "und jetzt plötzlich kommt heraus: Denen geht's wirklich nicht ums Geld, denen geht's um die Weiber, und deswegen brauchen sie das Geld."

Kann man geistreich finden oder auch geschmacklos. Doch genau das darf und müssen Kabarettisten tun dürfen. Der deutsche Schriftsteller Kurt Tucholsky beantwortet im Jahre 1919 die Frage, was Satire darf knapp mit "Alles". Und das wurde und wird von der deutschen Linken wie ein Mantra zitiert, wenn Geschmacklosigkeiten übelster Art verbreitet werden, etwa von der sogenannten Satire-Zeitschrift "Titanic".

Oder ganz ekelhaft Darstellungen von Jesus Christus bei sexuellen Handlungen. Oder bei der MTV-Comicserie "Popetown", in der sich etwa Kardinäle gegenseitig mit Kot einrieben. Alles Kunstfreiheit, Satire darf ja alles. Nur, wenn sie dem linksgrünen Mainstream nicht Untertan ist, dann gilt das plötzlich nicht mehr. Da ist dann der Dresdner Uwe Steimle schnell raus beim MDR, wenn er die Deutsche Einheit und Frau Merkel nicht so gelungen findet.

Und da wird ein harmloser Beitrag des Düsseldorfer Kabarettisten Dieter Nuhr von der Homepage der Deutschen Forschungsgemeinschaft gelöscht. Nicht, weil er etwas "Falsches" geschrieben hätte, sondern weil er Dieter Nuhr ist, der es gewagt hatte, den Kinder-Mummenschantz um die Ersatzheilige Greta Thunberg als das zu karrikieren, was es ist. Oder die wunderbare bayerische Monika Gruber, die es wagt, über die Ängste ihrer vietnamesischen Freundin zu sprechen, die Angst vor all den "jungen schwarzen Männern" hat, die neuerding durch unsere Straßen ziehen. Da ist der antifa-Besuch bei den nächsten Auftritten geradezu vorprogrammiert. Mal schauen, wie lange sich noch Veranstaltungsräume finden lassen bei all diesen gefährlichen Rechtsradikalen.

Die deutsche Linke und mit ihnen auch ihre parlamentarischen Vertreter sind nicht die hellsten Kerzen auf der Torte, das ist unübersehbar. Deshalb suchen sie nicht den politischen Streit oder den Dialog, sondern sie folgen dem Beispiel sympathischer Regime wie der DDR, wo Widerspruch mit anschließenden Auftritts- und Berufsverboten an der Tagesordnung waren. Selbst bei Leuten wie Wolf Biermann, der im Grunde ja gar nichts gegen die sozialistische Gesellschaftsutopie hatte – anders als ich übrigens.

Das Problem ist, dass niemand gegen diese Gängelung des freien Denkens und Redens in Deutschland aufsteht und Widerstand leistet. Weder die Politik noch die Medien und schon gar nicht – Achtung! – die Kulturschaffenden. Diejenigen, die qua tiefer Bestimmung gesellschaftliche Missstände aufspießen sollten und den Mächtigen den Spiegel vorhalten, sie sind zu einem jämmerlichen Zerrbild geworden.

Alle schütteln den Kopf, aber alle nehmen es einfach hin. Niemand organisiert Widerstand, niemand zieht Parallelen zu den dreißiger Jahren. Niemand liest nach, was der "Kampfbund für deutsche Kultur" der Nazis in der weimarer Republik zum Ziel hatte.

Wer die Meinungsfreiheit beschneidet und wer politisches Kabarett mit Auftrittsverboten belegt, der legt die Axt an die Wurzel der Demokratie, auf die wir doch eigentlich alle so stolz waren und immer noch sein könnten.

Widersprechen – das ist in diesen Zeiten erste Bürgerpflicht. Vom Mainstream und der Politik ist da wenig zu erwarten. Wenn SIE in der Lage und willens sind, meine Arbeit hier zu unterstützen, freue ich mich sehr über eine Ihnen mögliche Spende zum Beispiel über PAYPAL hier oder auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld: DE40 3205 0000 0000 2711 22 .